

# Helfer rufen nach Hilfe: Betreuungsvereine in Finanznot

## Vergütungspauschalen sind seit 2005 nicht mehr angehoben worden – Bundesweite Aktionswoche

Von Uwe Westdörp

**OSNABRÜCK.** Sie helfen Zehntausenden von Menschen – Alten, Kranken und Behinderten. Doch nun benötigen sie selbst Hilfe: Viele Betreuungsvereine in Deutschland stehen nach eigenen Angaben „mit dem Rücken zur Wand“ und fordern mehr Geld. Andernfalls müssten zahlreiche Vereine ihre Arbeit aufgeben – zum Schaden der Betreuten.

Klaus Jacobs, Fachreferent für rechtliche Betreuung beim Caritasverband für die Diözese Osnabrück, schlägt Alarm: „Unser Motto lautet: Wir sind da. Wenn sich nicht bald etwas ändert, müssen wir realistisch sagen: Wir sind dann mal weg.“ Damit es nicht so weit kommt, wenden sich die Betreuungsvereine der Caritas, des Sozialdiens-

tes katholischer Frauen (SkF) und des Sozialdienstes Katholischer Männer (SkM) von Montag an in einer bundesweiten Aktionswoche an politische Entscheider im Bund und in den Ländern. Politiker sind zu Gesprächen eingeladen. Wer mag, kann ein Praktikum in der Betreuungsarbeit machen.

Etwa 1,2 Millionen Menschen stehen in Deutschland unter rechtlicher Betreuung, weil sie aufgrund ihres Alters, einer Behinderung oder einer Krankheit ihre Angelegenheiten nicht alleine regeln können. Für alle rechtlichen Angelegenheiten bekommen sie vom Gericht einen Betreuer zur Seite gestellt, der sie berät und unterstützt oder sie vertritt.

In der Regel setzt das Gericht Familienangehörige als Betreuer ein. Wenn das nicht

möglich ist, kommen hauptberufliche Betreuer oder Betreuungsvereine ins Spiel. Die Vereine beschäftigen ebenfalls berufliche Betreuer, vermitteln aber auch ehrenamtliche Helfer.

In Niedersachsen arbeiten laut Jacobs insgesamt 51 geförderte Betreuungsvereine, 18 davon unter dem Dach von Caritas, SkF und SkM. Allein im Bistum Osnabrück betreuen die Vereine der katholischen Wohlfahrtspflege (Stand 2011) 2300 Menschen. Außerdem gehört es zu den Aufgaben der Betreuungsvereine, ehrenamtliche Kräfte zu gewinnen, sie zu beraten und fortzubilden.

Finanziert wird die Tätigkeit der Vereine seit 2005 durch eine pauschale Vergütung. Unabhängig vom tatsächlichen Aufwand erhalten sie einen Stundensatz von 44

Euro für einen Betreuer mit Hochschulausbildung; Sach- und Verwaltungskosten müssen damit ebenfalls gedeckt werden.

Das Problem ist nun: Diese Vergütungssätze sind seit 2005 nie angehoben worden, „obwohl allein die tariflichen Entgelte seither um mehr als 15 Prozent gestiegen sind“, wie Jacobs vorrechnet. Er beklagt zudem, dass der Aufwand bei den Betreuungen erheblich gestiegen sei, zum Beispiel wegen psychischer Erkrankungen der Betreuten. „Um diesen Menschen gerecht zu werden, müssen wir mehr Zeit investieren, als der Gesetzgeber vorsieht.“

Für abrechnungsfähige Stunden gibt es eine komplexe Tabelle. Darin wird unterschieden zwischen Vermögenden (mehr Aufwand) und Mittellosen (weniger Auf-

wand). Auch spielt eine Rolle, ob ein Betreuer im Heim lebt oder außerhalb.

Dieses Modell deckt die Kosten der Betreuungsvereine bei Weitem nicht ab. So beklagt der Caritasverband, „dass 78 Prozent unserer Betreuungsvereine bei der Betreuungsführung durch ihre beruflichen Mitarbeiter defizitär arbeiten“. Die Vergütungspauschalen müssten deshalb der allgemeinen Lohnentwicklung angepasst werden, heißt es in einem Positionspapier. Übergangsweise müsse es Anhebungen der Stundenpauschalen geben auf 40 beziehungsweise 52 Euro für Betreuer mit einer abgeschlossenen Lehre beziehungsweise für Betreuer mit abgeschlossener Hochschulausbildung.

Für den Fall, dass es keine finanziellen Verbesserungen

gibt, erwartet Caritas-Expertin Jacobs weitreichende Folgen: „Viele Familienangehörige und Ehrenamtliche – mit etwa 65 Prozent die größte Gruppe der Betreuer – verlieren ihre Unterstützung durch die Betreuungsvereine. Die Gefahr besteht, dass sich dann nicht mehr genügend Menschen zum ehrenamtlichen Betreuer bestellen lassen.“

Bundesweit gibt es 800 Betreuungsvereine – darunter 280 der verbandlichen Caritas. Theoretisch könnten damit bis zu eine Million Menschen ihre oft über Jahre vertrauten ehrenamtlichen und beruflichen Betreuer verlieren, so Jacobs. Er warnt: „All diese Betreuungen müssten dann von freiberuflichen Betreuern übernommen werden. Zusätzliche Kosten: 1,5 Milliarden Euro.“